

DER EMERITIERTE PROFESSOR HANS J. LIETZMANN REFERIERTE IN DER VHS ÜBER BÜRGERBETEILIGUNGEN

„Das Ding hat ein politisches Gewicht“

Von Waltraut Rass

Ein Experte für das Thema Bürgerbeteiligung ist der emeritierte Hochschulprofessor Hans J. Lietzmann. Erst seit er in Wuppertal ist, sei das so, gab er zu. „Weil ich hier das brachliegende Institut vorgefunden habe, und da habe ich mir gedacht, da kann man was daraus machen“. Er sei damals auf diese Bürgerbeteiligung gestoßen, „ein Institut, dass verödet war und darniederlag“.

Am Montagabend lauschten rund 30 aufmerksame Zuhörerinnen und Zuhörer im Otto-Roche-Forum der Bergischen Volkshochschule (VHS) in der Auer Schulstraße seinen Worten. Hierhin war er als Gastredner eingeladen worden, die Moderation oblag dem Journalisten Stefan Seitz.

Professor Lietzmann ist weiterhin aktiv als Senior-Professor. Am Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung (IDPF) an der **Bergischen Universität** ist er der Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirates. Die Leitung hat inzwischen Professor Detlef Sack, nachdem Lietzmann sie jahrelang innehatte.

„Das Interessante an der Bürgerbeteiligung, auf die ich dann hier 2004/2005 gestoßen bin, ist dass wir immer gefragt worden sind: Könnt ihr uns ein Bürgerbeteiligungsverfahren machen oder könnt ihr uns etwas dazu erzählen? Das waren immer irgendwelche Bürgerinitiativen, NGOs oder interessierte Bürger, die sagten: „Wir können uns gegen die Verwaltung und gegen das Parlament nicht durchsetzen in unserer Kommune“. Das sei so eine Art Protestform gewesen. „Da haben wir gesagt okay, da können wir helfen, machen wir“, so Lietzmann.

Fünf, sechs Jahre später seien auf einmal die Fraktionen in den einzelnen Kommunen zu ihnen gekommen und sagten: „Wir können uns untereinander nicht einigen und wir können uns vor allem gegen den Bürgermeister nicht durchsetzen. Wir würden uns gern die Bürger mit an die Seite nehmen. Können sie für uns so ein Verfahren durchführen?“, berichtet der Professor. „2015 ging das los, dass die Bürgermeister bei uns angerufen und gesagt haben, sie hätten so eine starke Opposition im Stadtrat oder so renitente Bürger im Ort, sie bräuchten unbedingt mal ein faires Bürgerverfahren“.

Bei Slawig und Jung gingen alle Alarmglocken an

Für die Verwaltungsspitzen Johannes Slawig und Peter Jung seien dann „alle Alarmglocken“ bei dem Thema angegangen. Wo doch die Verwaltung „so gut wisse“, wie es gehe. „Das ist mein Eindruck“, gab Lietzmann zu. Das sei aber auch empirisch erfahrbar. Sein Institut habe für Jung und Slawig lange vorab kostenlos ausgearbeitete Bürgerbeteiligungsverfahren entworfen, zum Beispiel für die Haushaltsplanung der Stadt Wuppertal.

„Wir waren dann froh, dass wir das Verfahren für die Seilbahn wenigstens entwerfen konnten“, gibt er zu. „Letztlich ist das Verfahren gegen die Wand gefahren.“ Die Verwaltung habe nichts damit zu tun haben wollen.

„Inzwischen hatten wir Bürgerbeteiligungsverfahren für die Landesregierungen mehrerer Bundesländer und seit drei Jahren für den Bundstag entworfen“, schildert Lietzmann den weiteren Werdegang der IDPF.

So hätten sie die Bürgerbeteiligungen aus einer Haltung der Gesellschaft zu einer politischen Institution entwickelt. Das habe den Soziologen in ihm fasziniert und natürlich auch den Politikwissenschaftler. „Man sieht richtig, wie sich so etwas entwickelt“.

Der Parlamentarismus habe sich auch so entwickelt. „Die Regierung von Preußen hat schon 1808 Bürgerbeteiligungen verpflichtend für die Kommunen beschlossen. Damit wir genauer wissen, was die Bürger wollen und damit die Bürger auch das bekommen, was sie haben wollen und uns damit nicht von der Fahne gehen“. Die Monarchie brauchte das Geld der Bürger.

Zurück zur Gegenwart: Das Wuppertal da „immer nicht so richtig mitmachen möchte“, sei eine andere Seite, aber „Wuppertal ist ja auch nicht in allem modern“, bemerkte Lietzmann ironisch.

„Die Bürgerbeteiligungen, die wir organisieren und die wir für wertvoll halten, sind Beteiligungsverfahren über eine Dauer von vier Tagen, in der Regel zu einem bestimmten Thema, beispielsweise der Planung einer Seilbahn in Wuppertal“. Es sei eine Entscheidungshilfe. Das Ergebnis werde an ein Gutachten gekoppelt, das veröffentlicht wird. „Es gibt keine Garantie, dass die politischen Akteure das umsetzen. Aber das Ding hat ein politisches Gewicht“, mahnt der Professor.